

Inhaltsverzeichnis und Hinweise

1. IPR – allgemein

- 1/1. Internationales Privatrechts-Gesetz (IPRG)
- 1/2/1. Vertrag über die Europäische Union (EUV) (*Auszug*)
- 1/2/2. Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) (*Auszug*)
- 1/3. Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 (StbG) (*Auszug*)
- 1/4. Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention) (*Auszug*)
Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (*Auszug*)
- 1/5. Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen (UN-StaatenlosenK) (*Auszug*)
- 1/6. Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (*Auszug*)
- 1/7/1. Rechtsanwaltsordnung (*Auszug*)
- 1/7/2. EU-Rechtsanwaltsgesetz (*Auszug*)

2. Personenstand

- Namensänderungsgesetz (NÄG) (§§ 1 – 3, 7 und 10, *siehe Kodex Bürgerliches Recht*)
- Personenstandsgesetz (PStG) (*siehe Kodex Bürgerliches Recht*)
- Personenstandsverordnung (PStV) (*siehe Kodex Bürgerliches Recht*)
- 2/1. CIEC – Übereinkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und den Verzicht auf Beglaubigung (*Auszug*)
- 2/2. CIEC – Übereinkommen über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Personenstandsbüchern (*Auszug*)
- 2/3. CIEC – Übereinkommen über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten (*Auszug*)
- 2/3/1. CIEC – Zusatzprotokoll zu dem Übereinkommen über den internationalen Austausch von Auskünften in Personenstandsangelegenheiten (*Auszug*)
- 2/4. CIEC – Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen (*Auszug*)
- 2/5. CIEC – Übereinkommen über die Angabe von Familien- und Vornamen in Personenstandsbüchern (*Auszug*)
- 2/6. CIEC – Übereinkommen über die Ausstellung von Ehesfähigkeitszeugnissen (*Auszug*)

Bilaterale Verträge:

- 2/7/1. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den Austausch von Personenstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehesfähigkeitszeugnissen (*Auszug*)
- 2/7/2. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über den Entfall der Beglaubigung, die Übermittlung von Personenstandsurkunden und die Vereinfachung der der Eheschließung vorangehenden Förmlichkeiten (*Auszug*)
- 2/7/3. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr (*Artikel 43 – 46, abgedruckt unter 11. Rechtshilfe*)
- 2/7/4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Großherzogtum Luxemburg über den Austausch von Personenstandsurkunden und den Verzicht auf die Beglaubigung (*Auszug*)
- 2/7/5. Vereinbarung zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über den Verzicht auf die Beglaubigung und über den

Austausch von Personenstandsurkunden/Zivilstandsurkunden sowie über die Beschaffung von Ehefähigkeitszeugnissen (*Auszug*)

3. Ehe-, Kindschafts- und Pflegschaftsrecht

Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB) (§§ 180a, 211 und 215f, siehe *Kodex Bürgerliches Recht*)

Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) (§§ 3 und 25, siehe *Kodex Bürgerliches Recht*)

- 3/1. Patientenverfügungs-Gesetz (*Auszug*)
- 3/1/2. Sterbeverfügungsgesetz (*Auszug*)
- 3/2. Außerstreitgesetz (AußStrG) (*Auszug*)
- 3/3. Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung (EuFam-VO 2003, Brüssel IIa-VO) (*Auszug*)
- 3/3a. Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen (Brüssel IIb)
- 3/3b. Einführungserlass vom 12. Juli 2022 zur Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25.6.2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen, ABl L 178 vom 2.7.2019, 1-115 (Brüssel IIb-VO).
- 3/3/1. Verordnung (EG) Nr. 664/2009 zur Einführung eines Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten, die die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen und Entscheidungen in Ehesachen, in Fragen der elterlichen Verantwortung und in Unterhaltssachen sowie das anwendbare Recht in Unterhaltssachen betreffen
- 3/4. Verordnung (EG) 2016/1103 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands
- 3/5. Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften
- 3/5/1. Einführungserlass des BMVRDJ vom 8. Februar 2019 zur Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates v 24.6.2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstandes
- 3/6. Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (Rom III)
- 3/7. CIEC – Übereinkommen über die Anerkennung von Entscheidungen in Ehesachen
- 3/7/1. CIEC – Übereinkommen über die Anerkennung von Entscheidungen in Ehesachen – Durchführungsgesetz
- 3/8. CIEC – Übereinkommen über die Legitimation durch nachfolgende Ehe
- 3/9. Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ)
- 3/10. Europäisches Sorgerechtsübereinkommen (ESÜ) (*Auszug*)
- 3/10/1. Europäisches Sorgerechtsübereinkommen – Durchführungsgesetz
- 3/11. Haager Kindesentführungsübereinkommen (HKÜ)
- 3/12. Haager Adoptionsübereinkommen (HAÜ)
- 3/13. Haager Erwachsenenschutzübereinkommen (HESÜ)

Bilaterale Verträge:

- 3/14/1. Freundschafts- und Niederlassungsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Kaiserreich Iran (*Auszug*)
- 3/14/2. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr (*Artikel 1 – 7 und 29 – 40, abgedruckt unter 11. Rechtshilfe*)
- 3/14/3. Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über Rechtshilfe, Beglaubigung, Urkunden und Vormundschaft (*Artikel 14 – 15g, abgedruckt unter 11. Rechtshilfe*)
Vertrag zwischen der Republik Österreich und der schweizerischen Eidgenossenschaft über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen (*nicht abgedruckt*)
- 3/14/4. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen oder die wechselseitigen Beziehungen in bürgerlichen Rechtssachen und über Urkundenwesen (*5. Abschnitt Personen- und familienrechtliche und damit zusammenhängende Vermögensrechtliche Angelegenheiten, abgedruckt unter 11. Rechtshilfe*)

4. Unterhalt

- 4/1. Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
- 4/2. Auslandsunterhaltsgesetz (AUG 2014) + Gegenseitigkeitsverordnungen des BMJ
- 4/3. Verordnung (EG) Nr. 4/2009 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUVO)
- 4/3/1. Verordnung (EG) Nr. 664/2009 zur Einführung eines Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten, die die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen und Entscheidungen in Ehesachen, in Fragen der elterlichen Verantwortung und in Unterhaltssachen sowie das anwendbare Recht in Unterhaltssachen betreffen (*abgedruckt unter 3. Ehe- und Kindschaftsrecht*)
- 4/4. Haager Unterhaltsübereinkommen (HUÜ)
- 4/4/1. Beschluss über die Genehmigung des Haager Unterhaltsübereinkommens
- 4/5. Haager Unterhaltsprotokoll (HUP)
- 4/6. Haager Unterhaltsstatutübereinkommen (HUSTÜ) (*Auszug*)
- 4/6/1. Haager Unterhaltsstatutübereinkommen – Durchführungsgesetz
- 4/7. New Yorker Unterhaltsübereinkommen (NYUÜ)
- 4/8. Haager Unterhaltsvollstreckungsübereinkommen (HUVÜ)

Bilaterale Verträge:

- 4/9/1. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltstiteln
- 4/9/2. Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts (*abgedruckt unter 10. IZPR*)
- 4/9/3. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts (*abgedruckt unter 10. IZPR*)
- 4/9/4. Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

5. **Erbrecht**

- 5/1. Außerstreitgesetz (AußStrG) (§§ 143 ff, 150, *abgedruckt unter 3. Ehe- und Kindschaftsrecht*)
- 5/2. Jurisdiktionsnorm (JN) (§§ 105 f, *abgedruckt unter 10. IZPR*)
- 5/3. Verordnung (EU) Nr. 650/2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (EuErbVO)
- 5/4. Haager Testamentsübereinkommen (HTÜ)

Bilaterale Verträge:

(vgl auch Länderübersicht zu § 40 RHE, abgedruckt unter 11. Rechtshilfe)

- 5/4/1. Freundschafts- und Niederlassungsvertrag Österreich – Iran (*Auszug, abgedruckt unter 3. Ehe- und Kindschaftsrecht*)
- 5/4/2. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr (*Auszug, abgedruckt unter 11. Rechtshilfe*)
- 5/4/3. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen oder die wechselseitigen Beziehungen in bürgerlichen Rechtssachen und über Urkundenwesen (§§ 23 – 55, *abgedruckt unter 11. Rechtshilfe*)
- 5/4/4. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über Nachlaßangelegenheiten

6. **Sachenrecht**

- 6/1. Kulturgüterrückgabegesetz (*Auszug*)

7. **Schuldrecht**

- 7/1. Europäisches Vertragsstatutübereinkommen (EVÜ)
- 7/2. Verordnung (EG) Nr. 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)
- 7/3. E-Commerce-Gesetz (ECG)
- 7/4. Finanzsicherheiten-Gesetz (FinSG)
- 7/5. Konsumentenschutzgesetz (KSchG) (*Auszug*)
- 7/6. Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz – FAGG
- 7/7. Verordnung (EU) Nr. 524/2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten)
- 7/8. Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. 4. 1980 (UN-KaufR)
- 7/9. Europäisches Übereinkommen über die Berechnung von Fristen samt Erklärung der Republik Österreich

8. **Deliktsrecht**

- 8/1. Atomhaftungsgesetz (AtomHG) (*Auszug*)
- 8/2. Gentechnikhaftungsgesetz (GTG) (*Auszug*)
- 8/3. Verordnung (EG) Nr. 864/2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II)
- 8/3/1. Verordnung (EG) Nr. 662/2009 zur Einführung eines Verfahrens für die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten über spezifische Fragen des auf vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendenden Rechts
- 8/4. Haager Straßenverkehrsübereinkommen (HStvÜ)

9. Transportrecht

- 9/1. Luftfahrtgesetz (LFG) (*Auszug*)
- 9/2. Eu-Luftfahrtverordnung (EuLFVO) (*Auszug*)
- 9/3. Übereinkommen zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (MÜ)
- 9/4. Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (WA)
- 9/4/1. Protokoll zur Änderung des Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr (Haager Protokoll zum Warschauer Abkommen)
- 9/4/2. Zusatzabkommen zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr (Zusatzabkommen von Guadalajara)
- 9/5. Übereinkommen vom 19. 5. 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)
- 9/5/1. Übereinkommen vom 19. 5. 1956 über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR) - Zusatzprotokoll
- 9/6. Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF)
- 9/6/1. Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF)
- 9/6/2. Einheitliche Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Personen (CIV – Anhang A zum Übereinkommen)
- 9/7. Verordnung (EU) Nr. 261/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleich und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 295/91 (EU-Fluggastrechte VO)
- 9/8. Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (EU-FahrgastRBahnVO)
- 9/8a. Verordnung (EU) 2021/782 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Neufassung)
- 9/9. Verordnung (EU) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (EU-FahrgastRBusVO)
- 9/10. Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 (EU-FahrgastRSchVO)
 - Übereinkommen der Vereinten Nationen von 1978 über die Beförderung von Gütern auf See (Hamburg Regeln) (*nicht abgedruckt*)
 - Übereinkommen zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen (*nicht abgedruckt*)
 - Internationales Übereinkommen vom 23. 9. 1910 zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Schiffen (*nicht abgedruckt*)
 - Übereinkommen über die Eintragung von Binnenschiffen (*Artikel 1 – 4, 9, 15 und 16, nicht abgedruckt*)

10. IZPR – internationale Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung

- 10/1. Einführungsgesetz zur Jurisdiktionsnorm (EGJN) (*Auszug*)
- 10/2. Jurisdiktionsnorm (JN) (*Auszug*)
- 10/3. Zivilprozeßordnung (ZPO) (*Auszug*)
- 10/4. Exekutionsordnung (EO) (*Auszug*)
 - Versicherungsvertragsgesetz 1958 (VersVG) (§ 15b, *siehe Kodex Versicherungsrecht*)

- Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung (EGEO) (*Artikel XX, siehe Kodex Zivilgerichtliches Verfahren*)
- Todeserklärungsgesetz (TEG) (§ 12, *siehe Kodex Bürgerliches Recht*)
- 10/5. Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel Ia-VO)
- 10/6. Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (LGVÜ II)
- 10/7/1. Verordnung (EU) Nr. 848/2015 des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren (Neufassung)
- 10/7/2. Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
- 10/8. Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen
- 10/8/1. Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
- 10/9. Verordnung (EU) Nr. 606/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen (EuSchMaVO)
- 10/9/1. Durchführungsverordnung (EU) Nr. 939/2014 der Kommission vom 2. September 2014 zur Ausstellung der Bescheinigungen gemäß den Artikeln 5 und 14 der Verordnung (EU) Nr. 606/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen
- 10/10. Verordnung (EU) Nr. 655/2014 zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen (EuKoPVO)
- 10/11. Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen vom 30. Juni 2005 (HGÜ)
- 10/11/1. Erlass vom 5. Oktober 2015 zum Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen

Ausgewählte bilaterale Rechtsgrundlagen:

- 10/12. Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (HAVÜ)
- 10/12/1. Beschluss des Rates über den Beitritt der Europäischen Union zum Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (HAVÜ)
- 10/12/2. Erlass vom 13. Oktober 2023 zum Haager Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 2. Juli 2019 (Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen – HAVÜ)
- 10/13/1. Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Staat Israel über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts
- 10/13/2. Kanada – Gegenseitigkeitsverordnung des BMJ
- 10/13/3. Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden
- 10/13/4. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden auf dem Gebiet des Zivil- und Handelsrechts
- 10/13/5. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Türkei über die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen in Zivil- und Handelssachen

11. Rechtshilfe

- 11/1. Rechtshilfeerlaß in Zivilsachen 2020 (RHE Ziv 2020)
- 11/2. Zustellgesetz (ZustG) (*Auszug*)
- 11/3. Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten („Zustellung von Schriftstücken“) (EuZVO) (*Auszug*)
- 11/3a. Verordnung (EU) 2020/1784 des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken)
- 11/3b. Erlass vom 20. Juni 2022 zur Verordnung (EU) 2020/1784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedsstaaten (Zustellung von Schriftstücken) (Neufassung)
- 11/4. Verordnung (EG) Nr. 1206/2001 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (EuBVO)
- 11/4a. Verordnung (EU) 2020/1783 des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (Beweisaufnahme) (Neufassung)
- 11/4b. Erlass vom 20. Juni 2022 zur Verordnung (EU) 2020/1783 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme in Zivil- oder Handelssachen (Beweisaufnahme) (Neufassung)
- 11/5. Richtlinie 2002/8/EG zur Verbesserung des Zugangs zum Recht bei Streitsachen mit grenzüberschreitendem Bezug durch Festlegung gemeinsamer Mindestvorschriften für die Prozesskostenhilfe in derartigen Streitsachen
- 11/5/1. Verordnung (EU) 2023/2844 des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2023 über die Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit und des Zugangs zur Justiz in grenzüberschreitenden Zivil-, Handels- und Strafsachen und zur Änderung bestimmter Rechtsakte im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit
- 11/6. Europäisches Verfahrenshilfeübereinkommen
- 11/6/1. Bundesgesetz zur Durchführung des EuÜ über die Übermittlung von Verfahrenshilfeanträgen
- 11/7. Haager Prozessübereinkommen (HPÜ)
- 11/7/1. Haager Zustellungsübereinkommen (HZÜ)
- 11/7/1/1. Einführungserlass vom 10. September 2020 zum Haager Übereinkommen vom 15. November 1965 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke im Ausland in Zivil- oder Handelssachen, BGBl. III Nr. 137/2020 (Haager Zustellungsübereinkommen 1965 oder HZÜ)
- 11/8. Haager Beglaubigungsübereinkommen (HBegÜ) (*Auszug*)
- 11/8/1. Haager Beglaubigungsübereinkommen – Durchführungsgesetz
- 11/9. Europäisches Rechtsauskunftsübereinkommen (RAÜ)
- 11/9/1. Europäisches Rechtsauskunftsübereinkommen – Zusatzprotokoll

Ausgewählte bilaterale Verträge:

- 11/10/1. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über den wechselseitigen rechtlichen Verkehr
- 11/10/2. Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über Rechtshilfe, Beglaubigung, Urkunden und Vormundschaft (*Auszug*)

11/10/3. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen über die wechselseitigen Beziehungen in bürgerlichen Rechtssachen und über Urkundenwesen (*Auszug*)

11/10/4. Österreichisch-britisches Rechtshilfeabkommen vom 31. März 1931

12. Schiedsrecht

12/1. New Yorker Schiedsübereinkommen

12/2. Europäisches Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit

Genfer Abkommen vom 26. 9. 1927, betreffend die Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (Genfer Schiedsabkommen) (*nicht abgedruckt*)

Genfer Protokoll vom 24. 9. 1923 über die Schiedsklauseln (Genfer Protokoll über die Schiedsklauseln) (*nicht abgedruckt*)